Wege aus dem Pflegenotstand in der Langzeitpflege!

Nicht erst seit der Krise in der Corona-Pandemie steht die Pflege allgemein und insbesondere die Langzeitpflege mit dem Rücken zur Wand: schlechte Finanzierungsbedingungen, unattraktive Arbeitsbedingungen und Verdienstmöglichkeiten und daraus resultierend ein großer Mangel dringend benötigter Pflegekräfte.

Die Pflege muss unverzüglich durch wirksame politische Maßnahmen unterstützt werden. **Ohne deutliche Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen in der Langzeitpflege steht dieser Sektor mittelfristig vor der Situation, vorhandene Versorgungsressourcen noch wesentlich stärker einschränken zu müssen als jetzt schon.** Die AWO Bayern möchte die Forderungen der letzten Jahre unterstreichen und fordert darüber hinaus in der Langzeitpflege als Sofortmaßnahmen:

1. Eine komplette Kostenübernahme der notwendigen Pflegeleistungen durch die Pflegeversicherung, ohne dass von den Betroffenen ein Eigenanteil zu entrichten ist (Anmerkung: Darunter wird die Pflegevergütung verstanden, nicht die Entgeltkomponenten Unterkunft und Verpflegung, Investitionen).

2. Die Refinanzierung der Kosten von Ausbildungen für die Pflege darf nicht auf die Pflegebedürftigen umgelegt werden.

3. Die Kostenübernahme der medizinischen Behandlungspflege im vollstationären Bereich durch die Krankenkassen.

4. Die Finanzierung der Investitionskosten in der Langzeitpflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und deshalb analog der Finanzierung der Investitionskosten im Krankenhausbereich zu gestalten. Dazu bedarf es der Einführung eines Pflegefinanzierungsgesetzes, welches das Land Bayern zur Finanzierung verpflichtet.

5. Eine deutliche Anhebung der Personalschlüssel in der Pflege zur Reduzierung der permanenten Arbeitsüberlastung und des häufigen Einspringens bei kurzfristigem Personalausfall.

6. Eine tarifliche Gleichstellung der Langzeitpflege mit der Akutpflege.

7. Die Absenkung der Regelarbeitszeit auf 35 h pro Woche bei vollem Lohnausgleich.

8. Die Wiedereinführung einer staatlichen Finanzierung eines attraktiven Altersteilzeitmodells zur Entlastung älterer Pflegekräfte.

9. Die Organisierung von Kurzzeitarbeitsverhältnissen zur Kompensation von Personalengpässen sollte ausschließlich über die Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter durchgeführt werden, um die Abhängigkeit von ausbeuterisch/profitorientierten Leiharbeitsfirmen zu unterbinden.

10. Ein Verbot der Ausbeutung ausländischer Haushaltshilfen unter Einhaltung und Durchsetzung der geltenden Gesetze. Die Organisation der Arbeitseinsätze sollte ausschließlich durch die Arbeitsagenturen bzw. Jobcenter durchgeführt werden.

11. Die Einführung einer Pflegebürgerversicherung und damit eine deutliche Verbesserung der Finanzierungsbasis der Pflegeversicherung.

12. Die Organisierung der Pflegebürgerversicherung als Körperschaft des öffentlichen Rechts (analog zur Deutschen Rentenversicherung) zur deutlichen Absenkung der Verwaltungskosten.

Der Landesfachausschuss Altenpflege, 11.02.21